

Armut

Jana Günther

Die multiplen Krisen globaler kapitalistischer Ordnungen bringen in allen Staaten –wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß – soziale Ungleichheitsverhältnisse hervor. Armut als konkretes und vor allem multiperspektivisch zu betrachtendes Phänomen rückt verstärkt in den Fokus wissenschaftlicher und politischer Problemanalysen. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass Krisen, Konflikte und Kriege in den vergangenen Jahrzehnten dazu führten, dass sich sowohl das Armutsrisiko auf breitere Bevölkerungsschichten ausgeweitet hat, als auch die Zunahme extremer Armutslagen in westlichen Wohlfahrtsstaaten wortwörtlich sichtbar ist: Direkt »[v]or der Tür« materialisiert sich Armut in Zeltstädten, Schlangen vor Tafeln (Bargetz & Günther, 2022). Das Ministerium für Justiz hat für 2023 einen Anstieg der Zwangsräumungen auf 30.200 in Deutschland verzeichnet (u.a. Spiegel, 15.12.2024). Obdachlosigkeit, unzureichender Krankenversicherungsschutz und »Tod durch Erfrieren« weisen deutlich darauf hin, dass »auch in Deutschland Formen absoluter Armut existieren« (Bertram & Huster, 2018, S. 44). Vor dem Hintergrund, dass Zwangsräumungen lt. des Deutschen Institutes für Menschenrechte »stets menschenrechtswidrig« (Litschke & Sumski, 2022, S. 1) sind, zeigen diese Entwicklungen deutlich eine schrittweise Aufkündigung sozialer Rechte in (ehemals) wohlhabenden Wohlfahrtssystemen.

Pandemien und Endemien, zwischen- und innerstaatlich geführte Kriege und Naturkatastrophen bewirken zusätzlich und weltweit eine anwachsende Prekariisierung von Lebensverhältnissen. Verschärft hat sich der Zustand durch neoliberal orientierte Politiken auch in Europa. Diese kritisieren sozialstaatliche Rechte, »verschlanken« wohlfahrtliche Institutionen und schränken Leistungen zunehmend ein. Der »europäische Sozialstaat« veränderte also »sein Gesicht« (Lessenich, 2018, S. 21). Das Ursache-Wirkungsgeflecht ist komplex und hat historische, regionale sowie globale und nicht zuletzt politische Dimensionen, die nicht nur für die Forschung und Theoriebildung herausforderungsvoll sind. Armutsverhältnisse, deren Ursachen und Auswirkungen sind gerade für die Handlungsfelder in Sozialwesen und Bildung von besonderer Relevanz. Denn Verwundbarkeit, Beschämung und Abwertung sind in die Fürsorge- und Versorgungsstrukturen der westlichen Wohlfahrtsstaaten eingelassen. Gerade in Krisenzeiten übersetzt sich

dies in gesellschaftliche Diskriminierungsformen wie u.a. Klassismus, Rassismus, (Hetero-)Sexismus, Ableismus, die sich zu totaleren Praxen sozialer Ausschließung für verschiedene Personengruppen zuspitzen können.

Regionalität und Globalität

Es wird grundlegend zwischen *relativer* und *absoluter* Armut unterschieden. Menschen in *absoluten Armutslagen* sind unmittelbar existenziell durch unzureichende Ressourcen – wie u.a. in medizinischer Versorgung, fehlenden Nahrungsmitteln und unzureichende Wohnmöglichkeiten – gefährdet (Bertram & Huster, 2018, S. 44). *Relative Armut* setzt demgegenüber die Lebenslagen von Menschen ins Verhältnis mit dem Durchschnitt des jeweiligen gesellschaftlichen Standards (ebd., S. 45).

Was bedeutet das konkretisiert und aktuell? Global liegt die internationale Grenze *absoluter Armut* bei einer Unterschreitung von täglich 2,15 US-Dollar pro Person. Im Jahr 2024 lebten weltweit fast 700 Millionen Personen in extremen Armutsverhältnissen. An die 44 % der Weltbevölkerung (6,85 US-Dollar pro Tag) gelten zudem als *relativ arm*, gemessen an dem Lebensstandard ihrer Herkunftsländer als arm (World Bank Group, 2024). Die Daten der Weltbank liefern wichtige globale Befunde und verweisen auf ein weltweites Gefälle. Der alleinige Bezug auf finanzielle Ressourcen wird bei dieser zweiteiligen Definition vielfach kritisiert, denn er ebnet unterschiedlich ausgeprägte Ungleichheitsverhältnisse und Diskriminierungsformen ein und verdeckt u.U. auch extreme Armutslagen in wirtschaftsstarken Staaten mit sozialen Sicherungssystemen, in denen Armut als bekämpft gilt/galt. Gerade hier muss einer »Relativierung sozialer Ungleichheiten in Staaten des global westlichen Nordens« vorgebeugt werden, denn der stete Vergleich mit absoluten Armutsverhältnissen in Staaten des Globalen Südens wird politisch dafür genutzt, die »Armutsbekämpfung und die Interessen ausgebeuteter Bevölkerungsgruppen untereinander« auszuspielen und den Abbau sozialstaatlicher Leistungen zu legitimieren (Bargetz & Günther, 2022, S. 16).

Die sich verschränkende Betrachtung von »Armut im Globalen Norden und im Globalen Süden« ist aus einer anderen Perspektive aber vonnöten: Der europäische Kolonialismus brachte »die Wurzeln für die unterschiedlichen Ausprägungsformen der Armut und die global stark miteinander verflochtenen Ökonomien« hervor (Schildbach, 2024, S. 13–14). In der Forschung sowie der politischen Bildung hat hinsichtlich der Nord-Süd-Parität und im Zuge der Debatte um Postkolonialität eine Sensibilisierung stattgefunden. Weniger Beachtung findet das West-Ost-Gefälle, welches ebenfalls Armutslagen, wenngleich anderer Ausprägung, produziert. Armut lässt sich also nur verstehen, wenn man sie im Kontext der Ausbreitung kapitalistischer Strukturen nach dem Zerfall des Sowjetblocks und der anhalten-

den Auswirkungen des Kolonialismus betrachtet. In Osteuropa waren nach 1989 wachsende soziale Ungleichheit, prekäre Lebensverhältnisse und wirtschaftliche Unsicherheit weitverbreitet. Im Globalen Süden führten und führen immer noch fehlende Einkommensquellen und unzureichende soziale Sicherungssysteme zu Hungerkrisen und existenziellen Notsituationen. Die Migration von Arbeitskräften und die Ausbeutung primär von Frauen aus Osteuropa und dem Globalen Süden, insbesondere im Bereich der Reproduktionsarbeit (globale Versorgungsketten), verschärfen diese Problematik. Diese Entwicklungen zeigen, wie eng Armut mit globalen Macht- und Ausbeutungsverhältnissen verbunden ist. Transnationale Phänomene wie globale Wertschöpfungsketten und Märkte für Reproduktionsdienste entstehen entlang der Linien sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit (Bargetz & Günther, 2022, S. 9–10).

Das Durchdringen und Wissen über diese vermachteten Strukturen, ermöglichen es, Diskriminierungsmechanismen wie Rassismus (in allen Formen wie z.B. Kolonialrassismus, Antislawismus etc.), Sexismus und Ausbeutung sowie Armutslagen in einen unmittelbaren Zusammenhang zu bringen. Denn ein Wandel ist nur erreichbar, wenn es ein Verständnis dafür gibt, wie Armutslagen und ungleiche Lebenschancen entstehen. Durch Erkenntnisse über Institutionen und das Wissen zu »lokalen und nationalen, makroregionale(n) und globale(n) Logiken« wird transparent, wie durch Veränderungen mehr Gerechtigkeit erreicht werden kann (Weiß & Pfaff, 2024), so zum Beispiel durch »Think globally, Act Locally«-Projekte, die Nachhaltigkeit, Ressourcenverteilung und globales Lernen in den Blick nehmen (exemplarisch Kraft & Freudenschuß, 2017).

Armut, soziale Ungleichheit und Intersektionalität

Armut als Begrifflichkeit ist vielschichtig, denn je nach Forschungsschwerpunkt, politischem Interesse oder zeitlicher und regionaler Kontextualisierung werden unterschiedliche Perspektiven, Interessen oder Personengruppen berührt (Gerull, 2011, S. 13). Eine gewisse Widersprüchlichkeit zeichnet sich zudem in der Forschung ab, denn in der Empirie stehen zumeist die einzelnen Dimensionen von Armut im Mittelpunkt, während in der sozialen Ungleichheitsforschung nach den Voraussetzungen und Bedingungen von Armut gefragt wird (Mogge-Grotjahn, 2012). Dass sich Armutslagen nicht nur an ökonomischen Ressourcen abzeichnen, sondern ebenso kulturelle, soziale und politische Dimensionen einschließen, die sich wechselseitig beeinflussen, ist unbestritten. Das lässt sich bei näherer Betrachtung der Geschlechterverhältnisse, Bildungsausschlüsse, prekarierteter Erwerbsarbeit oder am Thema Migration nachweisen. Armut muss dementsprechend mehrdimensional erforscht (Dittmann & Goebel, 2018, S. 32) und gesellschaftspolitisch als Querschnittsthema eingeordnet werden.

Im wissenschaftlichen Diskurs zu sozialer Ungleichheit hat auch das Konzept der Intersektionalität mittlerweile seinen legitimen Platz gefunden, es wurde und wird diskutiert sowie weiterentwickelt. Gerade für die Erforschung von Armut bietet sich ein Mehrebenenansatz an, der die Verschränkung unterschiedlicher Ungleichheitskategorien berücksichtigt, ohne die kapitalistisch strukturierte Gesellschaftsordnung zu ignorieren (Winker et al., 2009, S. 25). Auf die Heterogenität sozialer Lebenslagen wurde empirisch ebenfalls schon früh hingewiesen: Beispielsweise überdeckte die Debatte der Feminisierung von Armut durch ihren Fokus auf Armut von »women, as women«, die eigentlich viel relevantere Frage, warum manche Frauen von Armut betroffen sind und manche nicht. (Gimenez, 1989, S. 46–60). Vielmehr sollten Prozesse und Dynamiken rund um Armutsverhältnisse in den Logiken kapitalistischer Wirtschaftsformen gedacht werden, denn diese rassifizieren, ethnisieren und vergeschlechtlichen national wie global über die Ware Arbeitskraft (ebd., S. 58). An diesem Beispiel spiegelt sich das eingangs genannte Paradoxon wider, nämlich das der Erforschung einzelner Dimensionen oder Ausschließungsmechanismen auf der einen Seite und der Analyse und Benennung von Ursachen sowie Bedingungen auf der anderen Seite. Das Konzept der Intersektionalität kann in der Armutsforschung und der Praxis der Sozialen Arbeit und Sozialpädagogik wichtige Übersetzungsleistungen anbieten, da es die erforderliche Multidimensionalität mitbringt und lebensweltliche Aspekte betroffener Personen erfassen kann.

Strukturen und Individuum

Wie sich in den Ausführungen zeigt, ist Armut ein komplexes Phänomen. Quantitative Datenerhebungen zu Einkommen, Armutsrisikoquoten oder besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen bieten zwar wichtige Erkenntnisse, jedoch spiegeln sie nicht zwangsläufig komplexe Diskriminierungs- und Ausschließungsprozesse oder intersektionale Ungleichheitsdimensionen wider. Soziale Praxen, subjektive Verarbeitungsformen oder lebensweltliche Realitäten können i.d.R. nur mit anderen Verfahren erschlossen werden. Konkret kann das heißen, dass sich Armut z.B. im ländlichen, strukturschwachen Raum durch eingeschränkte Mobilitätsmöglichkeiten anders ausdrückt als in Städten. Zusätzlich können Armutsrisiken – wie u.a. Erwerbslosigkeit, prekäre Erwerbsarbeitsverhältnisse, familiäre bzw. eigene Migrationsgeschichte, alleinerziehende und/oder vielfache Elternschaft (Versorgung von mehr als zwei Kindern), chronische Erkrankung und/oder körperliche Einschränkung – im Laufe der eigenen Biografie an Gewicht verlieren oder zunehmen. Zugehörigkeit, Verletzbarkeit und individuelle Spielräume können dementsprechend in ihrer individuellen Ausprägung unterschiedliche Unsicherheiten, Risiken, aber auch Verarbeitungsstrategien hervorbringen, die Handlungsfähigkeit und Deutungsmacht erzeugen (können).

Nachweislich hat die in westlichen Wohlfahrtsstaaten zunehmende Orientierung an Eigenverantwortung, Aktivierung und neoliberalen Logiken auch dazu geführt, Armut und prekäre Lebenslagen zu ›individualisieren‹. D.h. die Verantwortung für das Soziale wurde schrittweise privatisiert und damit von der gesellschaftlichen (staatlichen) zu einer individuellen Verantwortung (Lessenich, 2009, S. 31). Die Wechselwirkung von Struktur und Individuum wird in diesem Wertewandel und wohlfahrtlichen Transformationsprozess besonders deutlich. Vulnerable Gruppen mussten nicht nur eklatante Einschnitte in staatlichen Zuwendungen hinnehmen (Butterwege, 2016, S. 173), sie sahen sich auch einer zunehmenden Remoralisierung und Stereotypisierung gegenüber.

Stigma, Beschämung und Schuldzuweisungen belasten Menschen in sozialen Notlagen also zusätzlich. Phänomenen sogenannter »verdeckter Armut«, in denen Betroffene aus Scham die ihnen zustehenden Leistungen nicht in Anspruch nehmen (Gerull, 2017, S. 17), können die Folge sein. Mediale und politische Diffamierung flankiert von einer breit geführten, ausgrenzenden Unterschichtsdebatte, bewirkte auch die Wiederbelebung des Bildes der sich gegenüberstehenden Konstruktionen von ›guten‹ und ›bösen‹ Armen bzw. in »deserving« und »undeserving« (Kronauer, 2018; Lister, 2004). Der mittlerweile viel bemühte Begriff der »underclass« (bzw. in Deutschland der »Unterschicht«) ebnet die Heterogenität von Armutslagen und Betroffenengruppen ebenfalls ein und dient mehr der Rechtfertigung spezifischer Kontroll- und Überwachungspolitiken, als dass dies der Armutsbekämpfung zuträglich wäre. Länderübergreifend verweist das Narrativ und Bild der »underclass« vielmehr darauf, was Eliten als die größten Gefahren für ›ihre‹ Gesellschaft, den sozialen Zusammenhalt, die ›moralische Ordnung‹ und das politische System erachten (Wacquant, 2022, S. 193). Über Othering und Labeling werden soziale Gruppen konstruiert und stigmatisiert, die u.a. über ihre Erwerbsarbeitsfähigkeit markiert werden. Gesellschaftliche Moralisierung und Abwertung schreiben Erwerbslosigkeit und Armut in das Individuum ein und blenden strukturelle Zusammenhänge aus. Die Ursachen und Lebensrealitäten von und in Armut werden auf diese Weise entpolitisiert und individualisiert.

Der verstärkt in die Öffentlichkeit gerückte Diskurs um Klassismus (u.a. Altieri & Hüttner 2021; Kemper & Weinbach 2022; Seeck & Theißl 2020) sensibilisiert in politischen Räumen ebenso wie in der Forschung, wenngleich das Konzept aus einer Perspektive der Sozialstrukturanalyse unpräzise bleibt und (teilweise scharf) kritisiert wird. Doch ähnlich wie die Diskriminierungsformen (Hetero-)Sexismus und Rassismus, beschreibt Klassismus einen gesellschaftlichen Prozess, der eine zwar heterogene Gruppe betrifft, deren Individuen aber gleichermaßen stereotypisiert, etikettiert und – wenngleich in unterschiedlichen Abstufungen – ausgeschlossen werden. Das Konzept kann demnach, solange es intersektional eingebunden bleibt, in der Praxis der Pädagogik, der Sozialen Arbeit und insbesondere in der empirischen Armutsforschung wichtige Ansatzpunkte bieten.

Kontrolle, Kriminalisierung und Pathologisierung

Der neoliberale Umbau westlicher Wohlfahrtsstaaten muss als Projekt ideologischer Art, flankiert von staatlichen Maßnahmen begriffen werden. Die Rhetorik über Eigenverantwortung und die forcierte Ökonomisierung sozialer Bereiche übersetzt sich in eine neue Politik von »law and order«, die sich vor allem gegen Personengruppen richtet, die ohnehin schon marginalisiert sind (Wacquant, 2013, S. 23). Die »Zeit der Nachsicht soll ein Ende haben«, eine Flut neuer Gesetze, staatlicher Kontrollordnungen und neue »Partnerschaften zwischen Polizei und staatlichen Einrichtungen«, Videoüberwachungen u.v.m. zeigen an, dass der Rückgriff auf einen Gefahren- und Katastrophendiskurs zur Legitimation polizeilicher und strafrechtlicher Maßnahmen dient (ebd., S. 24). Ausbeutung und Armut wurden durch die moralischen Zuschreibungen eng mit nationalstaatlichen Politiken sowie der Einführung neuer Arbeits- und Kontrollmechanismen verbunden.

Seit den 1990er-Jahren dominieren in den westlichen Wohlfahrtsregimen, die »liberal-paternalistisch« geprägt sind, Politiken, die gegenüber Wirtschaft und oberen Einkommensklassen liberal und nachsichtig sind. Demgegenüber werden ausgegrenzte Personengruppen, also jene, die von der politisch umgesetzten Arbeitsmarktumstrukturierung und dem Rückbau der sozialen Sicherungssysteme besonders betroffen sind, autoritär »behandelt« (ebd., S. 29). Auf dieser Ebene sind auch Beschäftigte im Sozial- und Bildungsbereich gefordert, denn die wirkmächtigen Diskurse und deren Einlassung in konkrete wohlfahrtliche Strukturen machen diese Professionen auch anfällig: Sanktionen anstatt Förderungen, Strafen und Kontrolle statt Unterstützung und Begleitung. Neben Tendenzen der Therapeutisierung und »Pädagogisierung«, die sich methodisch und inhaltlich in der »Fall-Arbeit widerspiegeln können, werden Armut bzw. armutsbedingte soziale Praxen und Copingstrategien unter Umständen pathologisiert. Über diese Mechanismen legitimiert beispielsweise auch die Soziale Arbeit ihren Zugriff auf Menschen in Armut (Rau, 2020, S. 90).

Sozialpädagogik und Soziale Arbeit können für diese Politiken zuungunsten des sozialanwaltlichen Mandats gegenüber den Nutzer*innen dienstbar gemacht werden. Soziale Arbeit und Sozialpolitik entwickeln sich außerdem zunehmend zu einer Dienstleistung und entfernen sich dabei von ihrem Leitbild der Parteilichkeit (Berg et al., 2022). Als Dienstleistungsangebote entsteht schlimmstenfalls eine »Zwei-Klassen-Sozialarbeit«, die Nutzer*innen in die für den Erwerbsarbeitsmarkt noch integrierbare und »hoffnungslose Fälle« aufteilt, wobei dauerhaft marginalisierte Personengruppen – zumeist die, die von Mehrfachdiskriminierung und extremer Armut betroffen sind – nur noch mit dem Nötigsten und bestenfalls über Ehrenamt versorgt werden (Lutz, 2008, S. 9). Eine Reorganisation von sozialen Rechten für arme Menschen hin zu einer »neuen Mitleidsökonomie« (Kessl et al., 2021, S. 739) kann festgestellt werden. Die besondere und gesellschaftlich verant-

wortliche Positionierung von Beschäftigten im Sozial- und Bildungswesen muss in Ausbildung, Praxis, Professionsentwicklung und Interessenvertretung dezidiert in den Mittelpunkt rücken.

Fazit: Interessenvertretung, Mitbestimmung und Gegenmacht

Politisch diskutierbar und gesellschaftlich skandalisiert sind stets spezifische Armutslagen, wie z.B. Kinderarmut, Altersarmut, bestimmte Formen der (vor allem unverschuldeten) Wohnungslosigkeit, Armut von alleinerziehenden (der Mehrheitsgesellschaft zugehörigen) Müttern. Dass sich Armutslagen aber in allgemeine gesellschaftliche und strukturelle Probleme einordnen, bleibt außen vor. Arme Kinder gehören zu Familien in Armut, Altersarmut resultiert aus prekären Beschäftigungsformen und/oder geringeren Absicherungsmöglichkeiten während der Erwerbsarbeitsbiografie (Stichworte: Teilzeit bei Elternschaft, Niedriglohnssektor), Ableismus bzw. mangelnde Barrierefreiheit, Rassismus und Diskriminierung von migrantischen Personengruppen führen zu schlechteren Zugängen zu Wohnraum, zu Bildungsressourcen und damit dem Erwerbsarbeitsmarkt. Die enge Verflechtung von Ursache und Wirkung, Ausschließung und Diskriminierung führt zu einer Komplexität, die je nach Lebenslage(n) spezifischer Unterstützung bedarf, aber strukturell und damit politisch bearbeitet werden muss.

Für widerständige Praxen und Gegenmacht gilt es auch, Menschen in Armut als Akteur*innen und nicht ›passive‹ Opfer ihrer Situation wahrzunehmen. Dieses Paradigma erstreckt sich gleichermaßen auf Forschung, politische Praktiken und soziales Engagement. Armut muss im Kontext struktureller Zusammenhänge analysiert werden, sollte aber darüber hinaus auch den Alltag der betroffenen Gruppen berücksichtigen und ihn als politisch bedeutsam verstehen (Bargetz, 2016). Stadtteilprojekte, Erwerbsloseninitiativen, Beratungsangebote von Betroffenen für Betroffene oder Wohnungslosenselbstorganisation verweisen nicht nur auf die teilweise politisch vereinnahmte Hilfe zur Selbsthilfe, sie zeigen auch partizipative Organisationsformen jenseits von Hilfesystemen, die es ernst zu nehmen gilt. Kritik und Intervention kann nur sinnvoll gelingen, wenn die Menschen einbezogen werden, die von den Ausschließungen und Politiken auch betroffen sind.

»Power not pity« markiert die Kämpfe von in Armut lebenden Personen und Gruppen, die darauf zielen, mehr Macht und Gestaltungsspielräume über ihr Leben zu erreichen (Lister, 2004, S. 175). Strukturell und diskursiv braucht es also einen Wandel: Ungleichheit ist eine politische Entscheidung, keine Zwangsläufigkeit (Chancel et al., 2022, S. 11). Aus intersektionaler Perspektive ist Armut bzw. die Betroffenengruppe so divers, dass mit Hinblick auf politische Mobilisierung, gesellschaftliche Sensibilisierung und Selbstorganisationen, auf Solidarität und weiter angelegte Bündnispolitiken zugearbeitet werden muss – auch vor dem Hin-

tergrund, dass aufgrund von Krieg und Klimakatastrophen in Zukunft weltweit größere Bevölkerungsgruppen betroffen sein werden.

Literatur

- Altieri, R. & Hüttner, B. (Hg.). (2021). *Reihe Hochschule: Band 13. Klassismus und Wissenschaft: Erfahrungsberichte und Bewältigungsstrategien* (Zweite, überarbeitete Auflage). BdWi-Verlag Verlag des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi).
- Bargetz, B. (2016). *Ambivalenzen des Alltags: Neuorientierungen für eine Theorie des Politischen. Sozialtheorie*. transcript Verlag. <https://elibrary.utb.de/doi/book/10.5555/9783839425398>
- Bargetz, B. & Günther, J. (2022). Armut als Baustelle: intersektional feministische Interventionen: Einleitung. *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 31(1–2022) (S. 9–33). <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v31i1.02>
- Berg, B., Günther, J., Reinhardt, L. & Tafesse, F. (2022). Social Work – make some Noise. *Forum Wissenschaft*, (1), (S. 44–47). <https://www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/11075338.html>
- Bertram, J. & Huster, E.-U. (2018). Armut in Deutschland – Begriffe, Betroffenheit und Perspektiven im Spiegel der Sozialberichterstattung. In G. K. Schäfer, B. Montag & J. Deterding (Hg.), *»Arme habt ihr immer bei euch«: Armut und soziale Ausgrenzung wahrnehmen, reduzieren, überwinden* (S. 42–55). Vandenhoeck & Ruprecht Neukirchener Theologie Neukirchener Theologie.
- Butterwegge, C. (2016). *Armut in einem reichen Land: Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird* (4., aktualisierte Auflage). Campus Verlag.
- Chancel, L., Piketty, T., Saez, E. & Zucman, G. (2022). *World Inequality Report. Country Sheets*. https://wir2022.wid.world/www-site/uploads/2021/12/CountrySheet_s_WorldInequalityReport2022_-WorldInequalityLab_7Dec.pdf
- Dittmann, J. & Goebel, J. (2018). Armutskonzepte. In P. Böhnke, J. Dittmann & J. Goebel (Hg.), *UTB Sozialwissenschaften: Bd. 4957. Handbuch Armut: Ursachen, Trends, Maßnahmen* (S. 21–34). Verlag Barbara Budrich.
- Gerull, S. (2011). *Armut und Ausgrenzung im Kontext Sozialer Arbeit. Studienmodule Soziale Arbeit*. Beltz Juventa. www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-7799-2212-4
- Gimenez, M. E. (1989). The Feminization of Poverty. Myth or Reality? *International Journal of Health Services: Planning, Administration, Evaluation*, 19(1), 45–61.
- Kemper, A. & Weinbach, H. (2022). *Klassismus: Eine Einführung* (4. Aufl.). Unrast.
- Kessl, F., Oechler, M. & Schoneville, H. (2021). Mitleidsökonomie und soziale Ausschließung. In R. Anhorn & J. Stehr (Hg.), *Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit*.

- Handbuch Soziale Ausschließung und Soziale Arbeit* (Bd. 26, S. 739–754). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-531-19097-6_26
- Kraft, K. & Freudenschuß, M. (2017). *Think Globally, Act Locally*.
- Kronauer, M. (2018). Armut im politischen Diskurs. In P. Böhnke, J. Dittmann & J. Goebel (Hg.), *UTB Sozialwissenschaften: Bd. 4957. Handbuch Armut: Ursachen, Trends, Maßnahmen* (S. 45–55). Verlag Barbara Budrich.
- Lessenich, S. (2009). Krise des Sozialen?. In *Aus Politik und Zeitgeschichte* (52) (S. 28–34).
- Lessenich, S. (2018). Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so: Zwischenbetrachtung im prozess der Aktivierung. In R. Anhorn, E. Schimpf, J. Stehr, K. Ratgeb, S. Spindler & R. Keim (Hg.), *Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit: v.29. Politik der Verhältnisse – Politik des Verhaltens: Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit* (S. 21–33). Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Lister, R. (2004). *Poverty: Key concepts*. Polity Press.
- Litschke, P. & Sumski, L. (2022). *Zwangsräumungen als Menschenrechtsverletzung: Vorgaben des Ausschusses zum UN-Sozialpakt und anderen Menschenrechtsgremien zu Räumungen* (S. 1–10).
- Lutz, R. (2008). Perspektiven der Sozialen Arbeit. *Aus Politik und Zeitgeschichte* (12–13), 3–10.
- Mogge-Grotjahn, H. (2012). Gesellschaftliche Ein- und Ausgrenzung: Der soziologische Diskurs. In E.-U. Huster, J. Boeckh & H. Mogge-Grotjahn (Hg.), *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung* (2., überarb. und erw. Aufl., S. 45–59). Springer VS.
- o. A. (15. Dezember 2024). Zahl der Zwangsräumungen in Deutschland steigt. *Spiegel*. <https://www.spiegel.de/panorama/justizministerium-zahl-der-zwangsräumungen-in-deutschland-steigt-a-9795ac27-ef1e-4344-9320-97949a739fdd>
- Rau, A. (2020). Das Regieren von Frauen* und Armut im Postwohlfahrtsstaat. In R.-M. Dackweiler, A. Rau & R. Schäfer (Hg.), *Geschlechterforschung für die Praxis: Band 5. Frauen und Armut: Feministische Perspektiven* (S. 83–104). Verlag Barbara Budrich.
- Schildbach, I. (2024). *Armut verstehen: Politisches Sachbuch*. Wochenschau Verlag.
- Seeck, F. & Theißl, B. (Hg.). (2020). *Solidarisch gegen Klassismus: Organisieren, intervenieren, umverteilen*. Unrast.
- Wacquant, L. (2013). *Bestrafen der Armen: Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit* (2., durchges. Aufl.). Budrich.
- Wacquant, L. (2022). *The Invention of the »Underclass«: A Study in the Politics of Knowledge*. Polity.
- Weiß, A. & Pfaff, N. (2024). *Soziale und Globale Ungleichheit* (1st ed.). Wochenschau Verlag Dr. Kurt Debus GmbH. <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=31821449>
- Winker, G. & Degele, N. (2009). *Intersektionalität: Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Sozialtheorie Intro*. transcript.

World Bank Group. (2024). *Measuring Poverty*. Weltbank. <https://www.worldbank.org/en/topic/measuringpoverty>